

Stand: 06.06.2026 03:45:37

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/8640

"Einführung einer amtlichen Wohnungslosenstatistik"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/8640 vom 22.10.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/10410 des SO vom 04.02.2016
3. Beschluss des Plenums 17/10605 vom 16.03.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 68 vom 16.03.2016



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Christine Kamm** **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Einführung einer amtlichen Wohnungslosenstatistik

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine integrierte Wohnungsnotfallberichterstattung nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens im Freistaat zu schaffen, die jährlich kommunal und ordnungsrechtlich untergebrachte wohnungslose Personen bzw. Haushalte sowie Personen, die bei freien Trägern der Wohnungslosenhilfe institutionell untergebracht oder den Beratungsstellen als wohnungslos bekannt sind, erfasst. Die Erhebung muss unter anderem zwischen Geschlecht, Aufenthaltsort der Betroffenen, Alter und Ursachen der Wohnungslosigkeit differenzieren.

Begründung:

Eine besondere Risikogruppe mit einer Unterversorgung an Wohnraum stellen wohnungslose und durch Wohnungslosigkeit bedrohte Personen dar. Wohnungslos ist, wer über keinen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum verfügt und auf ordnungs- oder sozialrechtlicher Grundlage in eine kommunale Wohnung oder in ein Heim der Wohnungslosenhilfe eingewiesen wird. Offizielle Landesstatistiken zur Zahl der Wohnungslosen gibt es nicht. Das Sozialministerium schätzt, dass bis zu 25.000 Personen im Freistaat keine eigene Wohnung haben. Die Dunkelziffer dürfte sich jedoch weit höher belaufen. Auch die Daten der BAG Wohnungslosenhilfe erfassen nur einen Teil der Betroffenen und erlauben daher keine Aussagen zur Gesamtzahl der Wohnungslosen.

In Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt zeichnet sich jedoch ab, dass die Zahl der Wohnungslosen im Freistaat stark angestiegen ist. Auf den Wohnungsmärkten haben dabei mehrere Bevölkerungsgruppen das Nachsehen. Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Alleinstehende, Rentnerinnen und Rentner, Flüchtlinge, Erwerbslose, Geringverdiener, Menschen mit körperlichen und seelischen Leiden. Laut Auskunft des Münchner Sozialreferats ist allein in der Landeshauptstadt die Zahl der Wohnungslosen von 2010 um 2.300 auf 4.700 Wohnungslose gestiegen. Hinzu kommen aktuell 550 Obdachlose – Ende 2010 lag die Zahl noch bei 340. In Ingolstadt verzeichneten die Behörden zwischen 2012 und 2015 einen Anstieg der gemeldeten Wohnungslosen um 38 Prozent, in Würzburg um 23 Prozent. In den meisten Städten wie Augsburg gibt es überhaupt gar keine Statistiken. Ein Grund für den Anstieg der Wohnungslosigkeit sind steigende Mietpreise und ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum – darunter auch die rückläufige Zahl an Sozialwohnungen im Freistaat. Eine landesweite Wohnungslosenstatistik liefert die notwendige Datengrundlage, um die Wohnraumversorgung im Freistaat zu analysieren und daraus sozial- und wohnungspolitische Maßnahmen zu entwickeln.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Jürgen Mistol u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
Drs. 17/8640

Einführung einer amtlichen Wohnungslosenstatistik

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Kerstin Celina**
Mitberichterstatter: **Dr. Gerhard Hopp**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 4. Februar 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Enthaltung
 - B90/GRÜ: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Joachim Unterländer
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Christine Kamm**
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drs. 17/8640, 17/10410

Einführung einer amtlichen Wohnungslosenstatistik

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Ich verweise hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Verfassungsstreitigkeit sowie die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 11. Februar 2016 (Vf. 3-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 1 Satz 1 i.V.m. der Anlage der Verordnung zur Festlegung des Anwendungsbereichs bundesrechtlicher Mieterschutzvorschriften (Mieterschutzverordnung – MiSchuV) vom 10. November 2015 (GVBl S. 398, BayRS 400-6-J)
PII/G 1310.16-0002
Drs. 17/10442 (E)
 - I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
 - II. Der Antrag ist unbegründet.
 - III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ



Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unterbringung von Flüchtlingen verbessern
Drs. 17/8204, 17/10174 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Flüchtlingsaufnahme in Bayern gerecht gestalten
Drs. 17/8399, 17/10409 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Einführung einer amtlichen Wohnungslosenstatistik
Drs. 17/8640, 17/10410 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bodenschutz in Bayern – Erstellung eines Gewerbeflächenkatasters
Drs. 17/8901, 17/10417 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Neue Wege im Bibermanagement
Drs. 17/9365, 17/10264 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Dr. Thomas Goppel, Oliver Jörg, Karl Freller u.a. CSU
Sicherstellung der Verwendung der Lehrauftragsmittel für das Studienfach Musik
Drs. 17/9926, 17/10462 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gewalt gegen Rettungskräfte – Hinschauen statt wegschauen!
Drs. 17/9805, 17/10327 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rettungskräfte besser vor Gewalt schützen!
Drs. 17/10136, 17/10328 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bürgerschaftliches Engagement zur Chefsache machen – Amt des Ehrenamtsbotschafters oder Ehrenamtsbeauftragten neu besetzen
Drs. 17/9189, 17/10457 (G)[X]

Gemäß §126 Abs. 3 BayLTGeschO:

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

ENTH